



RENÉ ROCK

Mitglied des Hessischen Landtages

Vorsitzender der

FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Sprecher für Sozialpolitik

Sprecher für Energiepolitik

Sprecher für frühkindliche Bildung

An den
Chef des Bundeskanzleramtes
Herrn Kanzleramtsminister Prof. Dr. Helge Braun
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
-vorab per Telefax-

Wiesbaden, den 23. Oktober 2018

Drohende Diesel-Fahrverbote im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der BImSchV10

Sehr geehrter Herr Kanzleramtsminister Prof. Dr. Braun,

die aktuelle Diskussion um die drohenden Diesel-Fahrverbote im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main ist Ihnen sicherlich umfänglich bekannt. Nicht zuletzt auch aus der zwischen Ihnen und Herrn Ministerpräsidenten Bouffier diesbezüglich geführten Korrespondenz. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Hessen gehen wir davon aus, dass über Ihren parteiinternen Austausch hinaus zielführende Lösungsvorschläge parteiübergreifend willkommen sind. Und bringen uns daher gerne ein.

Die Lage in Hessen ist ernst. In gut 100 Tagen droht in Frankfurt das umfassendste Fahrverbot in ganz Deutschland. Über 1,2 Millionen Autofahrern in Hessen droht eine kalte Enteignung. Und der Verkehrskollaps im Ballungsraum ist vorprogrammiert. Es sei denn, wir ergreifen unverzüglich Maßnahmen, die sofort umgesetzt werden können und unmittelbar schadstoffreduzierend wirken.

Uns ist bewusst, dass hier zunächst das Land Hessen in der Pflicht ist, seine Aktivitäten zu intensivieren. Dazu haben die Freien Demokraten ein fünf Punkte umfassendes Sofortprogramm entworfen.

- 1. Unterstützungspaket „GTL-Technologie im ÖPNV und der öffentlichen Fahrzeugflotte“**
- 2. Landesoffensive „Taxi-Flotte fit machen“**
- 3. Einführung neuer Mobilitätsdienst „Mein ÖPNV Flex – on-demand ride-sharing“**
- 4. Beschleunigung der netzadaptiven Verkehrslenkung und -steuerung**

FDP-Landtagsfraktion

Schloßplatz 1 - 3

65183 Wiesbaden

Telefon: 06 11.350 735

Telefax: 06 11.350 570

r.rock@ltg.hessen.de

www.rene-rock.de

5. Ertüchtigung und Koordinierung der Lichtsignalanlagen zur Verkehrsflussverbesserung

Alle Maßnahmen sind kurzfristig umsetzbar und sofort wirkend.

Unser Angebot an die CDU-geführte Landesregierung mit uns gemeinsam dieses Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen steht.

Aber auch auf Bundesebene bestehen Handlungsmöglichkeiten, den drohenden Fahrverboten entgegenzuwirken. Das von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenpaket sehen wir hierzu als einen wichtigen ersten Schritt.

Wir sehen allerdings auch, dass die angedachten Maßnahmen alleine nicht geeignet sind, die drängende Problematik in Frankfurt zu lösen. Die zeitlichen Vorgaben des Verwaltungsgerichts Wiesbaden sind eindeutig. Sie dulden keinen Aufschub und erfordern schnelle Lösungen. Uns fehlt schlicht die Zeit die Auflösung der mit den Nachrüstungsanschlüssen verbundenen technischen, rechtlichen und finanziellen Unwägbarkeiten abzuwarten. In Hessen muss schnell gehandelt werden.

Deshalb gilt es jetzt auf alle verfügbaren Lösungsansätze und Technologien zurückzugreifen. Ein Weg, die Schadstoffbelastung schnell zu senken ist der verstärkte Einsatz von alternativen Kraftstofftechnologien.

So helfen beispielweise GTL-Kraftstoffe nachweislich den Ausstoß von Stickoxiden und anderen Schadstoffen nachhaltig zu reduzieren. Und dies ohne das Erfordernis einer technischen Nach- oder Umrüstung an den Fahrzeugen. Diese Kraftstofftechnologie ist international praxiserprobt und sofort verfügbar. Selbst nach Einschätzung des Umweltbundesamtes ist sie geeignet, einen erheblichen Beitrag zur Schadstoffreduzierung zu leisten. Dabei gilt: Je breiter die Anwendung, desto höher die Reduktionswirkung.

Umso bedauerlicher, dass dieser Kraftstoff in Deutschland jedoch derzeit nicht allgemein zugelassen ist. Denn es fehlt an einer entsprechenden Regelung in der BImSchV10. Lediglich ein Einsatz für bestimmte Fahrzeugflotten, etwa im ÖPNV oder anderen schweren Fahrzeugen, ist zurzeit zulässig. Eine generelle Betankung aller Dieselfahrzeuge über das öffentliche Tankstellennetz ist allerdings aktuell wegen des bestehenden Rechtsrahmens ausgeschlossen. Nachvollziehbare Gründe hierfür gibt es jedoch nicht. Denn internationale Beispiele, etwa in den Niederlanden, zeigen, dass ein flächendeckender Einsatz von GTL-Kraftstoffen ohne Probleme möglich ist. Lokale Emissionen konnten dort so gesenkt werden. Auch andere europäische Länder haben positive Erfahrungen mit dem Einsatz dieser Kraftstofftechnologie. Denn der Einsatz alternativer Kraftstofftechnologien hilft, die bestehenden Probleme der Luftreinhaltung zu lösen.

Wir Freie Demokraten streben Lösungen an, die allen Interessen gerecht werden. Dem Gesundheitsschutz der Menschen in den Städten genauso wie den Mobilitätsansprüchen der Menschen in den Ballungsräumen. Sau-

bere Luft und eine Mobilitätsgarantie für die betroffenen Autofahrer stehen nicht im Widerspruch. Und dürfen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Daher fordern wir Sie auf, in der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass **nicht nur das Bundesimmissionsschutzgesetz geändert** wird. Denn dies kann im Interesse des Gesundheitsschutzes bestenfalls eine temporäre Lösung sein. Vielmehr muss in diesem Zuge auch eine **schnellstmögliche Änderung der BImSchV10** erfolgen. Und so der **flächendeckende Einsatz von GTL-Kraftstoffen für alle Fahrzeuge** ermöglicht werden. Falls die Entscheidung der Bundesregierung sich hierdurch beschleunigen lässt, ist es aus unserer Sicht auch vorstellbar, **zunächst einen auf Hessen begrenzten Modellversuch einzuführen** und wissenschaftlich zu begleiten.

Die Freie Demokraten bieten Ihnen hierzu unsere Unterstützung an. Wir wollen Lösungen erreichen und dabei alle Möglichkeiten ausschöpfen, die uns technologisch zur Verfügung stehen. Im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger darf keine Option ausgelassen werden.

Wir hoffen daher sehr, dass unsere Anregung auf Ihre Zustimmung stößt. Und Sie, gerade auch als Hesse, der Angelegenheit den notwendigen Nachdruck verleihen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Rene Rock, MdL
Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Eine Kopie dieses Schreibens erhält der Ministerpräsident des Landes Hessen, Volker Bouffier.